



**Treptow-
Köpenick. Aber normal.**

**Bezirkswahlprogramm
des AfD-Bezirksverbands
Treptow-Köpenick**

für die Wahl der
Bezirksverordneten-
versammlung am

26. September 2021



**Bezirkswahlprogramm
des AfD-Bezirksverbands
Treptow-Köpenick**

für die Wahl der
Bezirksverordneten-
versammlung am

26. September 2021

2 Inhalt

Präambel	7
1. Für lebenswertes Wohnen	8
Für bezahlbaren Wohnraum und die Förderung von Wohneigentum	8
Für Freiräume und Bürgerbeteiligung – Planlose Nachverdichtung stoppen!	10
Soziale Infrastruktur sichern	11
2. Für eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur	12
Für einen sauberen und attraktiven ÖPNV	13
Für eine intelligente Verkehrsplanung mit entlastendem Straßenbau	14
Für professionelle Brückensanierungen	16
Für eine Radwegoffensive im Bezirk	16
Für sicheren Fußverkehr	17
Parkraum erhalten und ausbauen	18
Lärmschutz an Bahnstrecken	18
3. Für Recht und Ordnung	19
Deutlich sichtbare Polizeipräsenz und bessere Ausstattung	19
Verwahrlosung des öffentlichen Raumes stoppen	20
Für eine transparente Kriminalstatistik auf Bezirksebene	21
Kriminelle Subkulturen und Clans effektiv bekämpfen	22
Angriffe auf Polizei, Ordnungsamt und Rettungskräfte konsequent bestrafen	22

4. Ungeordnete Zuwanderung stoppen	23
MUF-Bau stoppen	24
Für eine bezirkliche Rückkehrberatung	24
Für eine wirksame Kontrolle zum Schutz vor Einwanderung in die Sozialsysteme	25
Unser Land, unsere Werte	25
5. Für moderne Schulen und bedarfsgerechte Weiterbildung	27
Schulbauchaos überwinden – Sanierungsstau beheben	28
Deutsch als Schulsprache ist nicht verhandelbar!	29
Islamisierung an unseren Schulen konsequent bekämpfen	29
Für Meinungsfreiheit und gegen Indoktrination an Schulen	30
Dialog zwischen Schule und regionaler Wirtschaft ausbauen	30
Aufklärung über Bundeswehr und Freiwilligendienst an Schulen	31
Gender-Mainstreaming abschaffen	31
Bundesjugendspiele	31
6. Für einen kinder- und familienfreundlichen Bezirk	32
Mut zur Familie!	32
Mehr Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche	33
Für den Schutz von Kindern und Jugendlichen	34
Jugendpreis statt Mädchenpreis	34
7. Attraktive Sport- und Freizeitangebote	35
Für eine starke Sportjugend	35
Für mehr Schwimmen	36
Für einen nachhaltigen Wassersport im Einklang mit der Natur	36
Für mehr Bewegung im Freien	36

4 Inhalt

8. Für den Mittelstand – Wirtschaft fördern, Arbeitsplätze sichern 37

Unterstützung und Planungssicherheit für Unternehmen	37
Für einen Neustart in Gastronomie und Handel	38
Wochenmärkte	39
Für Innovation und Forschung	39

9. Für Umwelt- und Naturschutz statt Klimahysterie 40

Für den Schutz von Flora und Fauna	40
Natur erlebbar machen	41
Umweltverstöße konsequent ahnden	42
Oberflächen- und Trinkwasser schützen	42
Dauerhafter Schutz von Kleingartenanlagen	43
Umweltbildung nicht nur für Kinder und Jugendliche	44
Vernünftige Lösungen für den Klimawandel statt Klimahysterie	44

10. Gesundheit und Wohlbefinden fördern 45

Für ein gesundes Aufwachsen - Prävention bei Kindern und Jugendlichen	45
Für eine gesunde Stadtentwicklung	46
Gesundheitlichen Folgen der Pandemie begegnen	47
Infektionsschutz verbessern	47
Ambulante Versorgung mit Haus- und Fachärzten	48

11. Tourismus stärken – Tradition bewahren 49

Traditionsreiche Ausflugsziele entwickeln	49
Attraktives Wandern für Alt und Jung	50
Volksfeste in Treptow-Köpenick wiederbeleben	50

12. Für Heimat und Kultur	51
Für ideologiefreie Kulturförderung	51
Für Denkmalpflege und Denkmalschutz	52
Leistungs- und Würdenträger gehören ins Stadtbild	52
13. Für Demokratie und Meinungsfreiheit	53
Mehr direkte Demokratie auf allen Ebenen	53
Für Freiheit statt Quoten-Diskriminierung	53
Demokratie fördern – Neutralität bezirklicher Einrichtungen sicherstellen	54
Schirmherrschaft des Bürgermeisters beim „ Bündnis für Demokratie und Toleranz“ beenden	56
Schließung des „Zentrums für Demokratie“	57
Kein Platz für politisch motivierte Gewalt in Treptow-Köpenick	58
Religiöser Extremismus bedroht die Demokratie	58
14. Mehr Bürgernähe in Staat und Verwaltung	59
Für eine leistungsfähige Bezirksverwaltung	59
Für mehr Transparenz bei politischen Abläufen im Bezirk	60
Ideologische Gängelung der öffentlichen Verwaltung in Berlin beenden	60
Inflationäres Flaggenhissen beenden – Schwarz-Rot-Gold ist bunt genug	61
Unsere Kandidaten	62



Am 26. September 2021 wird in Berlin gewählt.

Die Alternative für Deutschland (AfD) hat im Abgeordnetenhaus und in den Bezirksverordnetenversammlungen der Hauptstadt schon vieles bewegt. Auch wenn die etablierten Parteien unsere Anträge ablehnen, bestimmen wir doch die Agenda und treiben die Altparteien vor uns her.

Mit diesem Wahlprogramm für Treptow-Köpenick halten wir unsere Leitlinien für die politische Arbeit im Bezirk für die nächsten fünf Jahre fest.

Die AfD steht für Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Wir stellen Eigenverantwortung vor staatliche Bevormundung, direkte Demokratie vor Parteipolitik und die Durchsetzung des Rechtsstaats für alle vor Minderheitenrechte für wenige. Wir stehen für eine Politik des gesunden Menschenverstandes ohne ideologische Scheuklappen.

Wir wollen keine Luftschlösser bauen, sondern realistische Lösungen für die Probleme in Treptow-Köpenick erarbeiten.

Treptow-Köpenick hat gute Voraussetzungen, die vor uns liegenden großen Herausforderungen zu bewältigen und eine gute Heimat für alle Treptow-Köpenicker zu bleiben, familien- und kinderfreundlich mit sozialem Zusammenhalt und Solidarität zwischen den Generationen, innovativ und naturverbunden, ohne rechtsfreie Räume und Parallelgesellschaften – eben unser **Treptow-Köpenick. Aber normal.**

1. Für lebenswertes Wohnen

Die Attraktivität unseres Bezirks ist ungebrochen. Treptow-Köpenick wächst rasant. In den letzten fünf Jahren ist die Zahl der Einwohner um 23.000 auf zuletzt 276.000 gestiegen (Stand: 31. 12. 2020), darunter viele Familien mit Kindern.

Der anhaltende Bevölkerungszuwachs und die demografische Entwicklung setzen hohe Anforderungen an die Entwicklung der Infrastruktur.

Für bezahlbaren Wohnraum und die Förderung von Wohneigentum

Mit seinem populistischen Mietendeckel hat der rot-rot-grüne Senat den Berlinern Sand in die Augen gestreut und ist vor dem Bundesverfassungsgericht erwartbar gescheitert. Die Lösung der Mietenproblematik in Berlin kann nicht in einer sozialistischen Planwirtschaft oder gar in groß angelegten Enteignungen liegen. Das hat die Geschichte gelehrt. Planwirtschaft in der Wohnungswirtschaft kann weder die Herausforderungen eines dynamischen Wohnungsmarktes lösen, noch kann sie den Bedürfnissen von Mietern und Wohnungssuchenden gerecht werden.

Der wachsenden Nachfrage nach Wohnungen im Bezirk kann nur durch ein größeres Angebot an Wohnungen begegnet werden. Dazu bedarf es des geordneten und angemessenen Neubaus, der die vorhandenen infrastrukturellen Kapazitäten berücksichtigt oder ggf. auch erweitert.

Einen Wildwuchs an Neubauten, der die vorhandene soziale Infrastruktur, insbesondere bei Kita- und Schulplätzen, in der medizinischen Versorgung oder auch beim öffentlichen Nahverkehr überfordert, lehnen wir ab.

Wir wollen, dass sich Menschen aller Einkommensschichten und jeden Alters auch zukünftig in Treptow-Köpenick zu Hause fühlen. Eine wichtige Voraussetzung dafür ist ein Wohnungsangebot, das auch für Menschen mit niedrigen und mittleren Einkommen erschwinglich ist.

Um eine geordnete Entwicklung des Bezirks zu ermöglichen, fordern wir die Einrichtung eines Baulandkatasters, in dem Bauland systematisch erfasst wird. Neubauvorhaben sind gewissenhaft auf ihre Verträglichkeit mit den vorhandenen Strukturen zu überprüfen.

Landeseigene Grundstücke sind bevorzugt an Wohnungsbau-genossenschaften zu vergeben oder an Investoren, bei denen im Wege der Konzeptvergabe sichergestellt wird, dass ein bestimmter Anteil der Wohnungen für Menschen mit geringem oder mittlerem Einkommen zur Verfügung gestellt wird. Dies gilt besonders für solche Genossenschaften, die bereits über eine lange Zeit ihre Verlässlichkeit unter Beweis gestellt haben. Auch für den Fall der Privatisierung öffentlicher Wohnungsbestände sollen Genossenschaften bevorzugt werden.

Die derzeit in Berlin geübte Praxis, nach der ein bestimmter Anteil von Wohnungen der landeseigenen Wohnungsgesellschaften für Flüchtlinge und Asylbewerber vorgehalten wird, lehnen wir ab und fordern die sofortige Einstellung dieser inakzeptablen Vorgehensweise. Ebenso wenden wir uns gegen den Bau sogenannter Modularer Unterkünfte für Flüchtlinge (MUF).

Vor dem Hintergrund der bestehenden Schwierigkeiten in der Wohnraumversorgung lehnen wir es ab, dass der Senat Berlin die weitere Aufnahme von Migrant*innen forciert und sich an populistischen Aktionen wie „Wir haben Platz“ beteiligt.

Neben den Maßnahmen zur Sicherung bezahlbaren Wohnraums zur Miete sollen mehr Menschen als bisher die Möglichkeit zum Erwerb von Wohneigentum erhalten.

Deshalb wollen wir die Grunderwerbsteuer für Selbstnutzer von 6% auf 3,5% senken und einmalige Freibeträge beim Erwerb von selbstgenutztem Wohnraum in Höhe von 100.000 Euro pro Erwachsenen und 50.000 Euro pro Kind einführen. Gerade im Hinblick auf die sich abzeichnenden Probleme der gesetzlichen Rente ist eine Erhöhung der Eigentumsquote wichtig. Mietfreies Wohnen ist der beste Schutz vor Altersarmut.

Parallel dazu soll ein Bürgschaftsprogramm des Landes Berlin finanziell schwächeren Kaufinteressenten den Ersatz des Eigenkapitals zumindest teilweise ermöglichen. Wer über ein ausreichendes Einkommen zur Bedienung eines Wohnungskredits verfügt, diesen aber wegen fehlenden Eigenkapitals von den Banken nicht erhält, soll eine öffentliche Bürgschaft für die Finanzierung seiner Wohnung erhalten.

Für Freiräume und Bürgerbeteiligung – Planlose Nachverdichtung stoppen!

Die AfD setzt sich vehement dafür ein, dass vor jedem Wohnungsneubau zuerst die notwendige Infrastruktur geschaffen wird. Wir brauchen mehr Wohnungen in Berlin; aber nicht um jeden Preis und nicht an jedem Ort, und schon gar nicht gegen den Willen der Bürger.

Um dringend benötigten neuen Wohnraum zu schaffen, ist zwar auch eine behutsame Nachverdichtung denkbar, z.B. durch den Lückenschluss von Häuserzeilen oder die Aufstockung von Bestandsbauten, die sich in die Umgebung einfügen.

Eine rücksichtslose Nachverdichtung zu Lasten der alteingesessenen Anwohner lehnen wir aber ab. Für die Bebauung von Freiflächen in gewachsenen Wohnquartieren fordern wir daher die Aufstellung von Bebauungsplänen, um eine Beteiligung der Bürger und einen angemessenen Interessenausgleich zu wahren. Insbesondere grüne Innenhöfe oder andere Flächen des Gemeinbedarfs müssen besser vor Bebauung geschützt werden.

Wir wollen den Charakter unserer gewachsenen Ortsteile und grünen Wohnsiedlungen bewahren. Den Bezirk weiterzuentwickeln, geht nicht ohne die Bürger und schon gar nicht gegen die Bürger, sondern nur gemeinsam mit den Bürgern von Treptow-Köpenick.

Soziale Infrastruktur sichern

Wir wenden uns gegen die Verwahrlosung von Stadtteilen und setzen uns für die Förderung von bürgerschaftlichem Engagement sowie die Einrichtung und den Erhalt von Stadtteilzentren, Begegnungsstätten und Mehrgenerationenhäusern ein.

Obdachlose dürfen nicht durch die lukrativere Unterbringung von Flüchtlingen aus ihren Unterkünften verdrängt werden.

Im Zuge der Alterung der Bevölkerung braucht Treptow-Köpenick zukünftig mehr barrierefreie, altersgerechte und betreute Wohnangebote für Senioren. Dies wollen wir ebenso fördern wie gemeinnützige Mobilitätshilfen für Senioren.

Wir setzen uns für den Erhalt einer wohnortnahen Gesundheitsversorgung ein. Hierbei ist zu prüfen, ob die Wiedereinführung der kassenärztlichen Zulassungsbeschränkung in den Bezirken Fehlentwicklungen entgegenwirken kann. Auch die zeitnahe Notarztversorgung muss überall im Bezirk gewährleistet bleiben.

2. Für eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur

Mit dem weiteren Anstieg der Bevölkerungszahl in Treptow-Köpenick wächst auch die Inanspruchnahme von Straßen und öffentlichen Verkehrsmitteln. In weiten Teilen des Straßennetzes und des öffentlichen Verkehrs sind die Kapazitätsgrenzen mittlerweile eindeutig überschritten.

Durch die unterlassene Instandhaltung und Instandsetzung der gesamten Verkehrsinfrastruktur hat Treptow-Köpenick in den letzten Jahren ausschließlich von der bestehenden Substanz gelebt. Insbesondere der Zustand vieler Brücken ist besorgniserregend.

Die AfD fordert daher die Modernisierung und den zielgenauen Ausbau der Verkehrsinfrastruktur sowohl für den Individualverkehr als auch für den öffentlichen Personennahverkehr.

Darüber hinaus fordert die AfD, beim Bau neuer Wohngebiete die Planung und den Bau der zugehörigen Verkehrsinfrastruktur vor dem Bau der dortigen Gebäude verbindlich in den Planungsprozess mit einzubeziehen. Nur durch leistungsfähige Verkehrswege, moderne Verkehrsmittel und ausreichende Kfz-Stellplätze kann die Mobilität in Treptow-Köpenick auch in Zukunft sichergestellt sowie die Voraussetzung dafür geschaffen werden, dass Handel und Gewerbe prosperieren.

Die weitere ideologisch bedingte Diskriminierung des motorisierten Individualverkehrs lehnen wir klar ab.

Die meisten Berliner sind sowohl Bahn-Kunden, BVG-Nutzer, Autofahrer, Radfahrer, Fluggäste und Fußgänger in einer Person. Sie sollen und müssen selbst entscheiden können, welche Verkehrsmittel sie nutzen.

Für einen sauberen und attraktiven ÖPNV

Wir wollen die Anreize zur Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel erhöhen. Hierzu fordern wir, die Zeitkarte des öffentlichen Personennahverkehrs deutlich attraktiver zu machen. Im Zuge dessen setzen wir uns für Erleichterungen bei den sog. Firmentickets des VBB ein.

Eine gänzlich kostenfreie Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel oder gar eine ÖPNV-Zwangsabgabe für alle Berliner lehnen wir hingegen ab.

Die Sicherheit der Nutzer von öffentlichen Verkehrsmitteln muss jederzeit gewährleistet sein. Wir fordern daher eine stärkere Präsenz von Sicherheitskräften und Aufsichtspersonal in den Fahrzeugen und auf Bahnhöfen. Auch die Umgebung der Bahnhöfe und die Radabstellanlagen sollen besser gesichert und beleuchtet werden.

Wir sind für den massiven Ausbau eines modernen Park&Ride-Systems an wichtigen Knotenpunkten von ÖPNV und insbesondere am Stadtrand von Berlin.

Wir fordern die Sicherung und den Ausbau des ÖPNV-Liniennetzes im Bezirk sowie eine Zeit-Taktung von max. zehn Minuten auf allen Linien. Neue Wohngebiete müssen mit kurzen Entfernungen zur nächsten ÖPNV-Haltestelle erschlossen werden.

Mit der Verlängerung der TRAM-Strecke von der Karl-Ziegler-Straße auf dem WISTA-Gelände Adlershof zum U-Bahnhof Zwickauer Damm wollen wir eine leistungsfähige Verbindung zwischen Köpenick, dem städtischen U-Bahnnetz und somit zum BER und in die südlichen Stadtbezirke schaffen. Die U-Bahn-Linie 7 soll im Zuge der Verlängerung zum BER auch im Kosmosviertel in Altglienicke halten.

Außerdem muss der S-Bahnhof Köpenick schnellstmöglich zum Regionalbahnhof ausgebaut und im Zuge des Baus einer



Schienenverkehrstangente an der TVO ein neuer Haltepunkt „Alte Försterei“ eingerichtet werden. Ergänzend muss der S-Bahnhof Schöneweide dringend aufgewertet und der S-Bahnhof Altglienicke endlich großflächig überdacht werden.

Die bestehenden Fährverbindungen im Bezirk, einschließlich der Ruderfähre in Rahnsdorf, sind zu erhalten.

Für eine intelligente Verkehrsplanung mit entlastendem Straßenbau

Verkehr muss fließen, um die Belastungen für die Verkehrsteilnehmer und die Anwohner so gering wie möglich zu halten. Deshalb müssen die wachsenden Verkehrsströme in der wachsenden Stadt intelligent gelenkt werden.

Eines der wichtigsten Verkehrsprojekte Berlins ist der Weiterbau der A100. Der 17. Bauabschnitt zur Verlängerung der Stadtautobahn über das jetzige Ende in Alt-Treptow hinaus hat für uns oberste Priorität. Ein künftiger Teil- oder Vollrückbau der B96a (Puschkinallee) im Bereich Plänterwald wird von uns hingegen abgelehnt.

Darüber hinaus muss der Lückenschluss der Tangentialverbindung Ost (TVO) zwischen der Spindlersfelder Brücke/An der Wuhlheide in Treptow-Köpenick und der B1/B5 in Marzahn-Hellersdorf endlich in Angriff genommen werden.

In diesem Zusammenhang muss dann in der Verlängerung dieser Strecke in Richtung Anschlussstelle Adlershof (BAB 113) der Knotenpunkt Glienicker Weg/B96a für das künftige Verkehrsaufkommen neu geplant und zeitnah zur Schließung des TVO-Lückenschlusses ertüchtigt werden.

Die Planungen und der Bau der Ost-West-Trasse (Westumfahrung Bahnhofstraße) in Köpenick zwischen An der Wuhlheide

und Mahlsdorfer Straße, deren Weiterführung in östlicher Richtung bis zum Brandenburgplatz sowie die Süd-Ost-Verbindung zwischen Anschlussstelle Späthstraße (BAB 113) und Minna-Todenhagen-Brücke müssen ebenfalls schnellstmöglich umgesetzt werden, um endlich die dringend benötigte Entlastung für die Straßen der anliegenden Wohngebiete zu schaffen.

Auch der lange geplante Neubau der Wilhelminenhofbrücke zwischen Ober- und Niederschöneweide ist endlich voranzutreiben.

Die AfD spricht sich ausdrücklich für den Bau einer zusätzlichen, leistungsfähigen Brücke über die Dahme südlich der Altstadt von Köpenick aus. Diese Brücke würde einen Ringschluss zwischen Spindlersfelder Straße (im weiteren Verlauf TVO), Glienicker Straße und Salvador-Allende-Straße ermöglichen und die Altstadt Köpenick verkehrlich stark entlasten.

Die AfD fordert zudem ein verbindliches Verkehrskonzept für Schöneweide und Adlershof mit der Zielsetzung, die vollkommen unbefriedigende Verkehrssituation innerhalb dieser Schwerpunktbereiche deutlich zu verbessern.

Mit der zu erwartenden Inbetriebnahme der Gigafabrik von Tesla in Grünheide drohen zusätzliche Verkehrsbelastungen für die Ortsteile südlich der Bahnstrecke zwischen Köpenick und Erkner. Deshalb fordern wir eine Machbarkeitsstudie für eine Umgehungsstraße nördlich der Bahntrasse zur Entlastung der südlichen Wohngebiete von Köpenick über Hirschgarten, Friedrichshagen, Rahnsdorf, Wilhelmshagen bis Hessenwinkel.

Für professionelle Brückensanierungen

Ein großes Problem im wasserreichen Bezirk Treptow-Köpenick ist nach wie vor der Sanierungsstau an den Brücken. Die Sperrungen der Allende-Brücke in Köpenick und der Eisenbrücke in Treptow hatten aufgrund kaum vorhandener Ausweichmöglichkeiten fatale Auswirkungen auf die ohnehin angespannte Verkehrssituation im Bezirk. Auch die Lange Brücke nebst Behelfsbrücke in Köpenick ist nur noch eingeschränkt befahrbar, die Pyramidenbrücke und die Neue Fahlenbergbrücke sind ebenfalls Sanierungsfälle.

Die AfD fordert daher, marode Brücken unverzüglich zu sanieren oder zu ersetzen. Die provisorischen Behelfsbrücken, die teils schon über 20 Jahre alt sind, müssen durch den Neubau leistungsfähiger Brücken ersetzt werden.

Darüber hinaus fordern wir die Erstellung und Umsetzung eines verlässlichen Instandhaltungs- und Sanierungsplans für alle Brücken im Bezirk.

Für eine Radwegoffensive im Bezirk

Die AfD spricht sich für eine unverzügliche Instandsetzung und Modernisierung der bestehenden Radwegeinfrastruktur aus.

Aber wir lehnen die Sperrung und Umnutzung von Kfz-Fahrs Spuren zu ideologisch motivierten, kaum genutzten Radstreifen entlang von Hauptverkehrsstraßen entschieden ab.

Fehlende Radwegeabschnitte sollen bevorzugt abseits von Hauptverkehrsstraßen entstehen.

Zum Schutz vor Abbiegeunfällen setzen wir uns für die Installation von sog. Trixi-Spiegeln an neuralgischen Kreuzungen ein.

Für sicheren Fußverkehr

Um mehr Sicherheit im Fußverkehr und eine vorausschauende Planung von Instandsetzungsmaßnahmen an Gehwegen zu ermöglichen, setzen wir uns für die Einrichtung eines Gehwegkatasters ein. In ihm sollen eine Zustandsbeschreibung unserer Gehwege, alle geplanten Sanierungs- und Ausbaumaßnahmen sowie eine Übersicht vorhandener Bordsteinabsenkungen in Kreuzungs- und Einmündungsbereichen enthalten sein.

Zur Gewährleistung von mehr Sicherheit für Fußgänger an Querungen, insbesondere auf dem Schulweg, fordern wir die Einrichtung von Countdown-Ampeln, die optisch die Restzeit der Rot- bzw. Grünphase anzeigen. Unmittelbar vor Schulen sollen Dialog-Displays, welche die aktuelle Fahrgeschwindigkeit anzeigen, die Kraftfahrer sensibilisieren.

Für mehr Sicherheit in der Nacht schlagen wir darüber hinaus eine bessere Beleuchtung von Gehwegen vor, z.B. auf dem Weg an der Wuhle zwischen Forum Köpenick und Hämmerlingstraße.

Eine Instrumentalisierung von Verkehrsampeln für Gesinnungsbotschaften gleich welcher Art, beispielsweise durch sog. Ampelpärchen, lehnen wir ab.

Parkraum erhalten und ausbauen

Die Anzahl der Kfz-Stellplätze in neuen Wohnsiedlungen wird vom rot-rot-grünen Senat und vom Bezirksamt systematisch immer weiter heruntergeplant. Aktuelle Bebauungspläne weisen in der Regel eine maximale Stellplatzquote von nur noch 0,4 Stellplätzen pro Wohneinheit aus. Das Resultat ist eine starke Zunahme des Parkplatzsuchverkehrs und des generellen Parkdrucks im weitläufigen Umfeld neuer Wohnsiedlungen.

Darüber hinaus werden auch immer mehr bestehende Stellplätze im öffentlichen Straßenland ersatzlos zurückgebaut, z.B. durch die Einrichtung von Radwegen.

Die AfD fordert den Erhalt und Ausbau von Parkraum, z.B. durch Kiezparkhäuser. Für wegfallende Parkplätze ist angemessener Ersatzparkraum zu schaffen.

Die immer wieder geforderte flächendeckende Parkraumbewirtschaftung gegen den Willen der Bürger lehnen wir ab. Der entsprechende Bürgerentscheid für die Altstadt Köpenick ist auch künftig uneingeschränkt zu respektieren.

Lärmschutz an Bahnstrecken

Insbesondere durch die Inbetriebnahme des TESLA Automobilwerkes in Grünheide (Brandenburg) ist von einer stärkeren Auslastung und somit auch von steigenden Lärmemissionen auf der Bahnstrecke Ostkreuz – Erkner auszugehen.

Die AfD fordert, die vom Bundesverkehrsministerium und der Deutschen Bahn angekündigten Lärmschutzmaßnahmen an Bahnstrecken durch Schutzwände und Dämpftechnik an Schienen auch für die lärmbelasteten Bahnstrecken im Bezirk Treptow-Köpenick zügig umzusetzen.

3. Für Recht und Ordnung

Zu den wichtigsten Aufgaben des Staates gehört es, die öffentliche Sicherheit und Ordnung zu gewährleisten. Das Gewaltmonopol des Staates dient dazu, die Bürger vor Kriminalität und sonstigen Bedrohungen schützen, insbesondere das Grundrecht auf Eigentum und die Unversehrtheit der Person zu garantieren.

Die AfD vertritt eine konsequente „Null-Toleranz-Politik“ gegen Kriminalität und steht für einen wehrhaften Rechtsstaat. Eine handlungsfähige Polizei und eine leistungsfähige Justiz sind unabdingbar. In beiden Bereichen besteht in Berlin akuter Handlungsbedarf.

Auf bezirklicher Ebene ist vor allem das Ordnungsamt die verantwortliche Behörde für die Kontrolle von Recht und Ordnung. Deshalb muss das Ordnungsamt sachgerecht ausgestattet sein.

Deutlich sichtbare Polizeipräsenz und bessere Ausstattung

In den letzten Jahren ist die Polizeiinfrastruktur in Treptow-Köpenick kontinuierlich abgebaut worden. Wie nicht anders zu erwarten, führte dies zu negativen Auswirkungen auf die Sicherheitslage im Bezirk. Insbesondere der Wegfall von Polizeiwachen in den Randbereichen des Bezirks stößt deshalb bei vielen Bürgern auf Unverständnis.

Hier ist ein grundsätzliches Umdenken gefordert. Unsere Polizei muss endlich personell und materiell so ausgestattet werden, dass sie ihren Aufgaben gerecht werden kann. Die vorhandenen Beamten müssen außerdem von alltäglichen Routineaufgaben entlastet werden, welche eigentlich in den Zuständigkeitsbereich des Ordnungsamtes fallen, um sich voll und ganz auf die Bekämpfung von Kriminalität konzentrieren zu können („Schützen statt Blitzen“). Der völlig überalterte Fahrzeugpark leidet unter hohen Ausfallzeiten und ist zu erneuern.



Um das allgemeine Sicherheitsgefühl der Bürger in Treptow-Köpenick wieder herzustellen, ist nicht zuletzt eine deutlich sichtbare Ausdehnung des Streifendienstes unabdingbar. Zu diesem Zweck setzen wir uns für zusätzliche Polizeiwachen in den äußeren Ortsteilen ein.

Verwahrlosung des öffentlichen Raumes stoppen

Leider greifen Respektlosigkeit und Verwahrlosung im öffentlichen Raum sowie das Gebaren krimineller Milieus zunehmend von den Brennpunkten in Kreuzberg und Neukölln auch auf unseren Bezirk über. Alt-Treptow, Baumschulenweg und Schöneeweide laufen Gefahr, zu neuen Brennpunkten zu werden. Sinnbild dieses kulturellen Scheiterns ist die Vermüllung des öffentlichen Raumes. Dies muss endlich als ernste Gefahr für alle Bürger begriffen und konsequent angegangen werden.

Der Drogenhandel im Schlesischen Busch muss durch gemeinsame Arbeit von Ordnungsamt und Polizei konsequent unterbunden werden. Treptow-Köpenick darf kein Drogen-Hotspot werden.

Auch Sachbeschädigungen durch Vandalismus und Schmierereien sind ein großes Ärgernis für die Geschädigten wie auch die Öffentlichkeit und müssen konsequent unterbunden und geahndet werden.

Im Straßenverkehr muss der Kampf gegen Verkehrsrowdys konsequent geführt werden. Gegenseitige Rücksichtnahme ist das oberste Gebot.

Für eine transparente Kriminalstatistik auf Bezirksebene

Kriminalität darf in keiner Weise geduldet, bagatellisiert oder verschwiegen werden. Voraussetzung dafür ist, dass eine transparente und vollständige Kriminalstatistik geführt wird.

Die Bürger sollen frühzeitig erkennen können, wo sich im Bezirk beispielsweise Einbrüche, Raubüberfälle, Straftaten gegen die körperliche Unversehrtheit oder politisch motivierte Straftaten häufen.

Deshalb setzen wir uns für die Einführung eines bezirklichen Registers ein, in dem alle Straftaten zeitnah unter Nennung der Ortsteile veröffentlicht werden.

Dabei darf die Herkunft von Tatverdächtigen nicht verschleiert werden. Die AfD fordert, die Staatsangehörigkeit sowie einen möglichen Migrationshintergrund bei Straftätern klar zu benennen. Nur durch eine dezidierte Aufschlüsselung von Täterhintergrund und Tatmotiven können gezielte Präventivmaßnahmen ergriffen und die tieferliegenden Kriminalitätsursachen bekämpft werden.

Kriminelle Subkulturen und Clans effektiv bekämpfen

Jahrzehntelange Fehlentwicklungen in der Migrationspolitik haben wesentlich zur Entstehung von kriminellen Strukturen in Berlin beigetragen. Dies wird nun vermehrt auch in Trep-tow-Köpenick sichtbar. Zusammen mit inkonsequenter Strafverfolgung und lascher Rechtsprechung hat sich dadurch eine gefährliche Mischung ergeben.

Besonders schwerwiegend waren die Versäumnisse des Senats im Kampf gegen kriminelle Clans. Kriminelle Clans erzielen Millionengewinne aus illegalen Aktivitäten wie Drogen- und Menschenhandel, Raub und Schutzgelderpressung, die dann gezielt in den legalen Wirtschaftskreislauf eingespeist werden.

Die AfD fordert ein konsequentes Zusammenspiel aus Ordnungsamt, Polizei und Zollbehörden, um die illegalen Geldströme auszutrocknen.

Spielhallen und Shisha-Bars bedürfen der besonderen Aufmerksamkeit der Ordnungskräfte.

Angriffe auf Polizei, Ordnungsamt und Rettungskräfte konsequent bestrafen

In Teilen der Gesellschaft beobachten wir eine wachsende Respektlosigkeit gegenüber den Einsatzkräften von Polizei, Ordnungsamt und Feuerwehr. Für uns ist es in keiner Weise hinnehmbar, dass Hilfskräfte im Einsatz behindert oder sogar angegriffen werden. Der immer mehr um sich greifenden Aggressivität muss mit aller Härte des Rechtsstaats entgegengetreten werden. Einen kulturellen Rabatt für Angriffe auf unsere Einsatzkräfte darf es nicht geben.

4. Ungeordnete Zuwanderung stoppen

Unser Land und auch unser Bezirk leiden nach wie vor an den Folgen der illegalen Masseneinwanderung der letzten Jahre und der völlig verfehlten Migrationspolitik der Bundesregierung unter Bundeskanzlerin Angela Merkel.

Während die Grenzen unseres Landes weiterhin ungeschützt sind und illegale Zuwanderer in großer Zahl einreisen können, spüren immer mehr Menschen in Treptow-Köpenick die Veränderungen.

Der wachsende Anteil von Ausländern unter den Hartz IV- und Sozialhilfe-Empfängern im Bezirk ist symptomatisch für die verfehlte Einwanderung in die Sozialsysteme.

Die AfD fordert beim Asyl- und Einwanderungsrecht eine Rückkehr zum Rechtsstaat. Die aktuell mehr als 13.000 vollziehbar ausreisepflichtigen Ausländer in Berlin müssen konsequent abgeschoben werden. Bestehende Fehlanreize für illegale Einwanderung und Asylmissbrauch müssen abgeschafft werden. Weiterhin befürworten wir eine Remigrationsagenda für alle seit 2015 nach Deutschland gekommenen Asylbewerber.

Auch illegale Camps osteuropäischer Wanderarbeiter in einigen Ortsteilen sind ein Ärgernis für die Anwohner. Um zu verhindern, dass Berlin zu einem Hotspot für osteuropäische Obdachlose wird, fordert die AfD, mehr politischen Druck auf die Herkunftsländer auszuüben und Pilotprojekte wie die Rückkehrerinitiative von Barka zu unterstützen, um eine sozial begleitete Rückkehr der Betroffenen in ihre Heimatländer zu erleichtern.

MUF-Bau stoppen

Vor allem auf dem Wohnungsmarkt und in der sozialen Infrastruktur sind die Folgen der Migrationskrise spürbar.

Wir setzen uns für eine dezentrale Unterbringung von anerkannten Flüchtlingen ein, um eine Ghettoisierung zu vermeiden. Abgelehnte Asylbewerber müssen zentral außerhalb von Wohngebieten untergebracht und konsequent abgeschoben werden.

Den weiteren Ausbau und die weitere Errichtung von Flüchtlingsheimen (sog. MUF) in unserem Bezirk, beispielsweise am Bohnsdorfer Weg und am Hassoweg in Altglienicke sowie an der Fürstenwalder Allee in Hessenwinkel, lehnen wir ab.

Vor dem Hintergrund fehlenden Wohnraums ist es nicht nachvollziehbar, dass die Kapazitäten zur Flüchtlingsaufnahme, weit über die Grenzen der Belastbarkeit hinaus, aufgebläht wurden. Diese ideologisch motivierte Politik schadet unserem Land und unserem Bezirk.

Für eine bezirkliche Rückkehrberatung

Die staatlichen Förderprogramme zur freiwilligen Rückkehr von Flüchtlingen und illegalen Migranten müssen im Bezirk weitaus stärker als bislang beworben werden. Deshalb wollen wir eine bezirkliche Rückkehrberatung als Ergänzung zu den Integrationslotsen aufbauen.

Für eine wirksame Kontrolle zum Schutz vor Einwanderung in die Sozialsysteme

Die staatliche Versorgung sog. unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge (umF) bzw. unbegleiteter minderjähriger Ausländer (umA) in der Obhut des bezirklichen Jugendamtes ist besonders teuer. Um zu verhindern, dass volljährige Personen sich als Minderjährige ausgeben, fordern wir eine verbindliche medizinische Altersfeststellung für diesen Personenkreis.

Unser Land, unsere Werte

Die millionenfache Aufnahme von Menschen aus anderen Kulturkreisen führt in vielen Bereichen zu einer Verschiebung des gesellschaftlichen Konsenses und der allgemein anerkannten Normen. Insbesondere der wachsende muslimische Antisemitismus bereitet uns Sorgen und widerlegt das „Wir schaffen das“ von Bundeskanzlerin Merkel. Diese Wirkungen treten schleichend, dafür aber umso nachhaltiger ein.

Deshalb fordern wir ein Verbot der integrationsfeindlichen Vollverschleierung. Burka oder Niqab gehören nicht zu Trep-tow-Köpenick. Sie errichten eine Barriere zwischen der Trägerin und ihrer Umwelt und erschweren damit das Zusammenleben in der Gesellschaft. Nicht ohne Grund hat der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte ein Burkaverbot für rechtmäßig erachtet.

Das Erlernen der deutschen Sprache, die Achtung unserer Rechts- und Gesellschaftsordnung sowie der Verdienst des eigenen Lebensunterhalts sind die wesentlichen Merkmale einer gelungenen Integration. Ein wichtiger Schlüssel zur nachhaltigen Integration von Zuwanderern ist die Teilhabe insbesondere von Kindern am gesellschaftlichen Leben. Dazu gehört die uneingeschränkte Teilnahme am Sport- und Schwimmunterricht und an Klassenfahrten.



Wir wenden uns gegen religiös motivierte Einschränkungen von Speiseplänen in Schulen und Kitas. Die Einrichtung von Gebetsräumen in staatlichen Schulen und Hochschulen widerspricht der staatlichen Neutralitätspflicht.

Eine Bevorzugung von Migranten, etwa durch Quoten im öffentlichen Dienst, beim Zugang zu Schulen bzw. Hochschulen oder durch gezielt auf bestimmte Fähigkeiten zugeschnittene Anforderungsprofile, lehnen wir ab. Sie ist weder mit dem Leistungsprinzip noch mit den verfassungsrechtlichen Grundsätzen der Gleichbehandlung und des Berufsbeamtentums vereinbar. Durch eine Bevorzugung von Migranten würden einheimische Bewerber diskriminiert, falsche Anreize geschaffen und Integrationshemmnisse verfestigt.

Einen Staatsvertrag Berlins mit muslimischen Verbänden lehnen wir ab. Die Auslandsfinanzierung von muslimischen Vereinen und Moscheen ist nach dem Vorbild Österreichs zu unterbinden.

5. Für moderne Schulen und bedarfsgerechte Weiterbildung

Ideologische Bildungsexperimente und chronische Ungleichgültigkeit haben den Rückstand Berliner Schulen im Bundesvergleich vergrößert. Gleichmacherei, Gender-Mainstreaming und Multikulti haben die Probleme noch verschärft. Eine scheiternde Bildungspolitik mindert die Chancen aller Berliner Schüler. Das Leistungsvermögen unserer Kinder und unser guter Ruf als Bildungsnation dürfen nicht länger durch das Dauerversagen links-rot-grüner Bildungspolitik aufs Spiel gesetzt werden!

Die AfD setzt sich dafür ein, das Berliner Schul- und Bildungssystem wieder vom Kopf auf die Füße zu stellen.

Staatliche Schulen müssen attraktive und erstklassig ausgestattete Lehr- und Lernorte werden mit naturnahen Schulhöfen und modernsten Sportanlagen. Die technische Infrastruktur an Schulen muss zeitgemäß sein und beim Lernen unterstützen.

Wir setzen uns für den Erhalt und die Stärkung der Musikschule ein. Die bezirklichen Bibliotheken müssen erhalten und unter Berücksichtigung der Digitalisierung nutzerfreundlich weiterentwickelt werden. Die Volkshochschule muss bedarfsgerechte Angebote für alle Bürger anbieten.

Schulbauchaos überwinden – Sanierungsstau beheben

Schon seit geraumer Zeit bröckelt die Substanz unserer Schulen. Gebäude müssen dringend erneuert werden. Unterricht findet notdürftig in Containern statt. Mangelhafte Schultoi-letten und -hygiene sind ein chronischer Dauerbrenner im „Arm-aber-sexy-Bundesland“ Berlin. Auch in unserem Bezirk müssen Schulgebäude dringend neu gebaut oder saniert werden. Man fragt sich, ob all diese Dinge nicht schon vor 10 oder 15 Jahren abzusehen waren und warum nicht viel früher gehandelt worden ist.

Die AfD fordert deshalb systematische und konsequente Schulsanierungen und Schulneubauten. Der Sanierungsstau an den Schulen ist Schritt für Schritt abzubauen. Notwendige Reparaturen und Renovierungen sind zügig durchzuführen. Hierbei müssen die Bedürfnisse von Schülern, Lehrern und Eltern berücksichtigt werden. Es darf nicht über die Köpfe der Beteiligten hinweg entschieden werden.

Bei Modularen Ergänzungsbauten (MEB) ist die natürliche Umgebung der Schulhöfe zu bewahren und in die Planung mit einzubeziehen. Angesichts des weiteren Wohnungsneubaus im Bezirk sind frühzeitig Flächen für den Schulneubau zu sichern.

Wir setzen uns für gesunde Ernährung und Trinkwasserspender an allen bezirklichen Schulen ein. Mit der Einführung solcher Wasserspender an Grundschulen wurde in der letzten Legislaturperiode ein erster Schritt gemacht.

Deutsch als Schulsprache ist nicht verhandelbar!

Die deutsche Sprache und die ihr zugrunde liegende Kultur sind Grundlage und Ziel sämtlicher Bildungsbemühungen. Pflege und Durchsetzung von Deutsch als Schulsprache innerhalb und außerhalb des Unterrichts müssen für alle Lehrkräfte selbstverständlich und verbindlich sein.

Die AfD schlägt daher vor, Deutsch als verpflichtende Schulsprache im Berliner Schulgesetz zu verankern.

Der Empfehlung des deutschen Rechtschreibrates folgend, ist die Gendersprache in geschriebener wie gesprochener Form in der Schule zu untersagen.

Islamisierung an unseren Schulen konsequent bekämpfen

Lehrer stellen fest, dass unser freiheitlich-demokratisches Wertesystem von vielen muslimischen Schülern zunehmend verachtet und mit Füßen getreten wird. Insbesondere die Meinungsfreiheit sowie das Recht auf Selbstbestimmung von Mädchen und Frauen sind durch falsche Toleranz und Inkonsistenz im Kampf gegen eine Islamisierung an unseren Schulen gefährdet.

Die AfD zieht als einzige Partei die notwendigen Schlüsse aus dieser Bedrohungslage:

Wir fordern die kompromisslose Durchsetzung des Grundgesetzes im Rahmen von Schule und Unterricht. Das Neutralitätsgesetz ist weder auszuhöhlen noch abzuschaffen. Aus religiösen Gründen darf keine Bevorzugung im Schulleben erfolgen. Schulsenat, Schulleitungen und Lehrer müssen hier an einem Strang ziehen.

Für Kinder bis zum 14. Lebensjahr und Lehrerinnen soll ein Kopftuchverbot an Schulen gelten.

Für Meinungsfreiheit und gegen Indoktrination an Schulen

Die AfD setzt sich dafür ein, dass im schulischen Rahmen und insbesondere im Politikunterricht das Indoktrinationsverbot (analog zum „Beutelsbacher Konsens“) durchgesetzt wird.

Die Erziehung zu kritischem Denken und die Toleranz gegenüber anderen Meinungen müssen im Unterricht immer wieder eingeübt und verteidigt werden. Insbesondere im Politik- und Gemeinschaftskundeunterricht sollten verschiedene Positionen zur Darstellung gebracht und die Ergebnisoffenheit von demokratischen Entscheidungsprozessen betont werden. Absolutheitsansprüche, aus welcher politischen Richtung auch immer, widersprechen dem freiheitlichen Bildungsideal und dem demokratischen Geist unseres Bildungswesens.

Statt die Teilnahme an ideologischen Klimademos zu unterstützen, sollen Schulen die Grundlagen der Umweltbildung vermitteln. Dazu gehört, dass Kinder lernen, ihre Umwelt und die Natur sauber zu halten. Leider ist das vielen Kindern und Jugendlichen nicht mehr bewusst.

Dialog zwischen Schule und regionaler Wirtschaft ausbauen

Wir setzen uns für einen stärkeren Dialog zwischen regionaler Wirtschaft und Schulen ein und wollen die ökonomische Bildung stärken. Schüler sollen nicht nur über Beschäftigungsmöglichkeiten informiert werden, sondern frühzeitig auch die Chancen als freier Unternehmer, Handwerksmeister oder Freiberufler kennenlernen. Wir unterstützen Patenschaften zwischen Unternehmern und Schulklassen.

Aufklärung über Bundeswehr und Freiwilligendienst an Schulen

Schulen sollen über den freiwilligen Wehrdienst (FWD) und den Bundesfreiwilligendienst (BFD) aufklären. In diesem Rahmen halten wir es für richtig, dass auch die Bundeswehr ihre Aufgaben und die Rolle des Soldaten als Staatsbürger in Uniform an Schulen vorstellen darf.

Gender-Mainstreaming abschaffen

Die Ideologie des Gender-Mainstreaming behauptet, dass das natürliche Geschlecht nur als soziales Konstrukt zu betrachten sei. Die AfD hält die staatliche Förderung des Gender-Mainstreaming für einen unzulässigen Eingriff in das private und gesellschaftliche Leben der Menschen, der überdies aus biologischen Gründen zum Scheitern verurteilt ist und eine Verschwendung von Steuergeldern darstellt.

Die AfD fordert daher, die staatliche Förderung des Gender-Mainstreaming umgehend zu beenden. Die im Rahmenlehrplan für Schulen enthaltenen Unterrichtsvorgaben zum Gender-Mainstreaming müssen unverzüglich gestrichen werden.

Bundesjugendspiele

Die Bundesjugendspiele stellen gerade für sportbegeisterte Kinder- und Jugendliche alljährlich den Höhepunkt des Schuljahres dar. Der sportliche Wettkampf schult nicht nur den Körper, sondern auch den Charakter und spornt viele Schülerinnen und Schüler immer wieder zu neuen Bestleistungen an. Daher fordert die AfD, die Bundesjugendspiele verpflichtend für alle Schulen zu machen. Schulsport darf nicht zur Nebensache verkommen, sondern leistet gerade in den Zeiten von Smartphone, Homeschooling und virtueller Realität einen elementaren Beitrag zur Gesunderhaltung.

6. Für einen kinder- und familienfreundlichen Bezirk

Für die AfD sind eine kinder- und familienfreundliche Familienpolitik, die Förderung der Vereinbarkeit von Kindererziehung, sozialem Leben und Beruf sowie die stärkere Förderung von Familien mit Kindern von entscheidender Bedeutung.

Mut zur Familie!

Die Familie ist die Keimzelle unserer Gesellschaft. Sie ist der Ort, wo die wesentlichen Grundlagen unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens wie Menschlichkeit, gegenseitige Wertschätzung und Solidarität gelegt sowie die Vermittlung von Werten zu allererst geprägt werden. Ohne starke Familien gibt es keine gute Zukunft für unser Land. Wir brauchen eine Willkommenskultur für Kinder.

Familien mit mehr als zwei Kindern wollen wir den Besuch öffentlicher Einrichtungen wie Museen, Ausstellungen und Theater finanziell erleichtern.

Für werdende Mütter soll eine zentrale Anlaufstelle geschaffen werden, die über die bestehenden Betreuungs- und Hilfsangebote informiert.

In Kindertagesstätten sind saisonale oder sonstige Schließzeiten zu vermeiden. Eine Notbetreuung für berufstätige Eltern muss zu allen Zeiten gewährleistet sein. Wir fordern die Abschaffung der Bedarfsprüfung zur Hortbetreuung in der Schule. Alle Kinder sollten die Möglichkeit haben, den Schulhort zu besuchen.

Auch das Jugendamt ist personell so auszustatten, dass die Bearbeitung von Anträgen auf Kita- und Hort-Gutscheine sowie Elterngeld zeitnah erfolgen kann.

Mehr Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche

Kinder und Jugendliche verbringen zunehmend ihre Zeit mit Online-Spielen und sind häufiger, als ihnen gut tut, im Internet unterwegs. Die körperliche Gesundheit unserer Jugend, ihre Kommunikationsfähigkeiten und soziale Kompetenz nehmen nach statistischen Untersuchungen stetig ab. Dem wollen wir unter anderem durch mehr Angebote zur „Offline“-Freizeitgestaltung begegnen.

Wir fordern den Erhalt und Neubau öffentlicher Spielplätze in Treptow-Köpenick und setzen uns für die Reaktivierung von geschlossenen Jugendfreizeiteinrichtungen ein. Die Kinder- und Jugendarbeit von Sportvereinen wollen wir stärker fördern. Auch vereinsunabhängige Freizeit- und Sportanlagen, z.B. Bolzplätze, Basketball- und Skateboardanlagen, müssen ausgebaut und gepflegt werden.

Für den Schutz von Kindern und Jugendlichen

Kinder und Jugendliche müssen konsequent vor Verwahrlosung und Missbrauch geschützt werden. Das Jugendamt ist so auszustatten, dass es seine Aufgaben zum Schutz junger Menschen erfüllen kann.

Wir wenden uns gegen jede Form politischer Indoktrination in der Kinder- und Jugendarbeit.

Die AfD setzt sich für die strikte Einhaltung des Jugendschutzes ein und unterstützt Präventionsmaßnahmen gegen Drogenmissbrauch, Jugendgewalt und sexuellen Missbrauch.

Wir fordern ein konsequentes Vorgehen gegen Mobbing, insbesondere auch in den sozialen Medien.

Jugendpreis statt Mädchenpreis

Wir fordern, den bezirklichen Mädchenpreis in einen Jugendpreis für alle Kinder und Jugendlichen im Bezirk umzugestalten. Mit dem Preis soll besonderes Engagement von Jungen und Mädchen im sportlichen, kulturellen, naturwissenschaftlichen, technischen oder sozialen Bereich in Treptow-Köpenick ausgezeichnet werden.

7. Attraktive Sport- und Freizeitangebote

Treptow-Köpenick ist ein wichtiger Standort des Breiten- und Leistungssports. Diesen gilt es zu stärken, vor allem im Kinder- und Jugendbereich. Die AfD setzt sich deshalb für den Erhalt und Ausbau der bezirklichen Sportstätten und die Förderung unserer Sportvereine ein. Gerade vor dem Hintergrund der Corona-Krise brauchen Sportvereine wirksame Unterstützung.

Für eine starke Sportjugend

Die Zahl der Kinder mit Bewegungsmangel und Übergewicht steigt seit Jahren stark an, und dies hat sich durch die auferlegten Einschränkungen im Zuge der Infektionsschutzmaßnahmen noch verschärft. Die Folge sind vermehrt auftretende „Zivilisationskrankheiten“ und psychosoziale Probleme in allen Alterslagen.

Um dem entgegenzuwirken, fordert die AfD, dem Schulsport in den Lehrplänen ein größeres Gewicht einzuräumen. Kooperationen zwischen Schulen und Sportvereinen müssen nachhaltig gefördert werden, damit Kinder motiviert werden, sich auch in ihrer Freizeit sportlich zu betätigen.

Für mehr Schwimmen

Die aktuellen Öffnungszeiten der Schwimmhallen im Bezirk sind nicht bürgerfreundlich. Wir fordern eine Ausweitung der Öffnungszeiten auch für solche Bürger, die nicht Mitglied eines Sportvereins sind. Außerdem setzen wir uns für die Errichtung einer neuen Schwimmhalle im Bezirk ein.

Für einen nachhaltigen Wassersport im Einklang mit der Natur

Die AfD Treptow-Köpenick steht für eine verträgliche und dem Allgemeinwohl dienliche Nutzungsdichte auf unseren Gewässern. Hierzu gehört, dass wir keine ideologische Klientelpolitik betreiben.

Jede Wassersportart hat ihre Berechtigung. Eine alleinige Ausrichtung der Förderung an den Interessen des Motorsports, des Segelsports oder der muskelbetriebenen Wassersportarten ist nach unserer Auffassung nicht zielführend.

Für mehr Bewegung im Freien

Die Neuanlage von Trimm-dich-Pfaden muss genauso vorangetrieben werden wie Bewegungsangebote für Senioren. Dies sollte an exponierten öffentlichen Stellen im Bezirk geschehen. An Ausflugszielen und in Grünanlagen sollten Geräte – geeignet für alle Generationen – zur körperlichen Ertüchtigung errichtet werden.

8. Für den Mittelstand – Wirtschaft fördern, Arbeitsplätze sichern

Der Mittelstand bildet das Rückgrat unserer Wirtschaft. Wir wollen die Attraktivität des Wirtschaftsstandortes Treptow-Köpenick erhöhen und die Ansiedlung von Unternehmen im Bezirk gezielt fördern.

Unterstützung und Planungssicherheit für Unternehmen

Dazu sollen Unternehmensgründer konkrete Hilfen bei der Ansiedlung ihrer Unternehmen erhalten. In der Bauplanung wollen wir die notwendigen Voraussetzungen für die langfristig geordnete Ansiedlung von Gewerbe schaffen. Zu diesem Zweck wollen wir das Zusammenwirken der staatlichen und der unternehmerischen Schnittstellen in Berlin besser organisieren und den bürokratischen Aufwand für die investierenden Unternehmen durch die Streichung unsinniger Vorschriften sowie die Reduzierung überlanger Bearbeitungszeiten verringern.

Genehmigungsverfahren im Bezirksamt wollen wir beschleunigen. Wir fordern verbindliche Fristen bei behördlichen Genehmigungen, damit übermäßige Wartezeiten für Baugenehmigungen und Gewerbeerweiterungen, unter denen mittelständische Unternehmen erfahrungsgemäß besonders leiden, vermieden werden können.

Bei Gewerbe genehmigungen sind die Interessen von kleinen und mittleren Unternehmen sowie Einzelhandelsgeschäften in Wohngebieten stärker zu berücksichtigen. Vorschriften, die Investitionen verteuern, und damit im Ergebnis kapitalstarke Handelskonzernketten bevorzugen, müssen reduziert werden.

Die Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur ist ein wichtiger Baustein für Unternehmensansiedlungen. Die lokalen Unter-



nehmen sind darauf angewiesen, für Kunden und Lieferanten gut erreichbar zu sein, und diese ihrerseits gut erreichen zu können.

Ebenso wie die Berufspendler brauchen die kleinen und mittleren Unternehmen unseres Bezirks eine reibungslos funktionierende Verkehrsinfrastruktur. Projekte zur Verbesserung der Straßeninfrastruktur müssen deshalb vorrangig und mit Nachdruck betrieben werden.

Für einen Neustart in Gastronomie und Handel

Unser Bezirk lebt von den ansässigen Gastronomen und Einzelhändlern. Mehr als die großen Konzerne prägen diese das Bild der jeweiligen Ortsteile.

Die Corona-Krise hat hier tiefe Spuren hinterlassen. Umso wichtiger ist es, darauf zu achten, dass die Rahmenbedingungen für eine schnelle und nachhaltige Erholung geschaffen werden.

Der lokale Einzelhandel leidet seit einiger Zeit massiv unter der immer stärker werdenden Online-Konkurrenz. Wir fordern daher, dass die lokalen Einzelhändler durch die Einführung von „Click und Collect“-Konzepten unterstützt werden. Die Erstellung der entsprechenden Webseiten für die jeweiligen Einkaufsstraßen soll durch das Bezirksamt finanziell und personell unterstützt werden.

Darüber hinaus muss das Bezirksamt wirksame Konzepte entwickeln, um die Werbemaßnahmen und Aktionen der lokalen Unternehmen zusammenzufassen und aufeinander abzustimmen.

Schließlich setzt sich die AfD auf allen politischen Ebenen dafür ein, dass die großen Internetkonzerne genauso besteuert werden wie die kleinen Gewerbetreibenden.

Wochenmärkte

In der Berliner Bevölkerung gibt es einen immer größer werdenden Bedarf an frischen und ökologischen Produkten des natürlichen Landbaus aus regionaler Produktion. Dieser Bedarf ließe sich durch eine größere Zahl an Wochenmärkten, auf denen insbesondere frische Lebensmittel wie Obst, Gemüse, Kräuter, Milchprodukte, Fisch, Fleisch und Eier angeboten werden, decken.

Die Versorgung mit frischen Lebensmitteln aus der nahen Region deckt dabei nicht nur den Bedarf der Bürger, sondern hilft auch den bäuerlichen Betrieben aus dem Berliner Umland.

Die AfD setzt sich daher dafür ein, dass insbesondere Plätze, welche trotz teilweise erheblicher Sanierungsmaßnahmen noch immer ein Schattendasein fristen, durch Wochenmärkte eine Aufwertung erfahren.

Für Innovation und Forschung

Wir wollen Treptow-Köpenick als Innovations- und Forschungsstandort festigen.

Zu diesem Zweck sollen die Wissenschafts-, Wirtschafts- und Technologiestandorte Adlershof und Schöneweide weiter ausgebaut und die Ansiedlung von innovativen Startups gefördert werden. Unternehmen brauchen langfristige Standort- und Planungssicherheit, um Investitionen zu tätigen.

Wir unterstützen den vollständigen Umzug der HTW nach Oberschöneweide.

9. Für Umwelt- und Naturschutz statt Klimahysterie

Naturschutz beginnt für uns mitten in der Stadt. Mensch, Umwelt und Natur gehören auch in einer Großstadt wie Berlin zusammen. Gerade in unserem wasser-, wald- und grünflächenreichen Bezirk ist der Schutz dieser natürlichen Ressourcen eine besondere Verpflichtung.

Für den Schutz von Flora und Fauna

Es ist unsere Pflicht, den kommenden Generationen eine lebenswerte Natur mit einer artenreichen Flora und Fauna zu übergeben, die auch unseren Kindern noch eine lebenswerte Heimat bietet.

Wir setzen uns im Natur- und Artenschutz für die Bewahrung und den Ausbau der biologischen Vielfalt ein. Wir fordern das konsequente Anlegen von Blüh- und Bestäuberwiesen im öffentlichen Raum, damit sich an vielen Orten im Bezirk Schmetterlinge und Wildbienen etablieren können.

Unser Baumbestand muss erhalten werden und darf nicht bei privaten und öffentlichen Bauvorhaben durch monetäre Ausgleichszahlungen abgegolten sein, sondern muss durch tatsächliche Nachpflanzung dem Naturhaushalt wieder zurückgegeben werden.

Zu diesem Zweck sollten frühzeitig ausreichend Flächen zur Aufwertung des Naturhaushaltes bei Nachverdichtungen im Wohnungsbau gesichert werden. Wir werden uns für weitere Renaturierungsmaßnahmen einsetzen, damit die zur Verfügung stehenden bezirklichen Ausgleichsmittel tatsächlich der Natur zugutekommen. Auch die öffentliche Hand muss

Ersatzpflanzungen von Bäumen zeitnah auf landeseigenen Grundstücken durchführen. Dazu gehört insbesondere auch die vermehrte Pflanzung von Straßenbäumen.

Flächen in den Naturschutzgebieten wollen wir für das Gemeinwohl sichern und vor Spekulation und Bebauung schützen. Wir setzen uns für den Erhalt und für das Anlegen von Kleingewässern ein, denn Kleingewässer-Biotope haben eine wichtige Bedeutung für Flora und Fauna.

Natur erlebbar machen

Nach dem Beitritt Treptow-Köpenicks zum Netzwerk „Essbare Stadt“ gilt es nun, die damit einhergehenden Bemühungen zu verstärken und zu verstetigen. Dabei sollte gerade die Verbindung von Umweltschutz, Naherholung und Natur- und Umweltbildung stärker in den Fokus gerückt werden.

All dies wird in dem Konzept der sogenannten essbaren Wildpflanzenparks miteinander in Einklang gebracht. Die Idee hinter den essbaren Wildpflanzenparks ist die kontrollierte Verwilderung heimischer Pflanzen, die das Gärtnern durch natürliche Helfer und ökologische Nutzung einfach machen. So helfen Insekten, Vögel, Mulch- und Düngerpflanzen beispielsweise dabei, dass das Ökosystem auf natürliche Weise funktioniert.

Dabei werden die Parks nach den örtlichen Gegebenheiten möglichst vielfältig angelegt und bieten mit einer Mischung aus Hecken, Wiesen, Beeren- und Kräutergärten, aber auch Brachflächen und Feuchtgebieten, eine hohe Vielfalt für Pflanzen, Tiere und Menschen. Gerade diese Kombination verspricht auch für die Bürger beim Besuch der Parks einen hohen Erholungsfaktor, was bereits dazu führt, dass zunehmend Kurparks (z. B. der Bergkurpark im niedersächsischen Bad Pyrmont) nach dem Konzept der essbaren Wildpflanzenparks gestaltet bzw. umgestaltet werden.



Spätestens seit der Umsetzung des Konzepts in verschiedenen Städten und Gemeinden hat das Konzept ein reges mediales Interesse erfahren. Treptow-Köpenick sollte diesen Trend nicht verpassen und im Sinne von Mensch und Natur eine Realisierung ernsthaft prüfen.

Darüber hinaus setzen wir uns für die Schaffung von weiteren Schulgärten im Bezirk ein und wollen die Einrichtung und Pflege von Amphibienschutzzäunen fördern.

Umweltverstöße konsequent ahnden

Basis einer intakten Natur ist der Umweltschutz. Die Grundlage für wirksamen Umweltschutz am Boden, im Wasser und in der Luft ist die strikte Kontrolle und Ahndung von Verstößen. Um dieser Aufgabe weiterhin gerecht werden zu können, und damit Umweltverstöße schnell erfasst, behoben und geahndet werden können, muss das bezirkliche Umwelt- und Naturschutzamt personell verstärkt werden.

Oberflächen- und Trinkwasser schützen

Wir setzen uns für den Schutz unseres Trinkwassers ein. Durch den Lausitzer Braunkohletagebau hat die Verschmutzung der Spree mit Sulfat und Eisenocker gefährliche Höhen erreicht. Dies betrifft auch das Wasserwerk in Friedrichshagen.

Für die Verbraucher bedeutet der erhöhte Aufwand der Filterung einen steigenden Wasserpreis. Wir wollen die Verursacher an den Kosten der Beseitigung der Verunreinigungen beteiligen und zur Einhaltung des Gewässerschutzes verpflichten. Wir fordern höhere Bußgelder bei Eintrag von wassergefährdenden Stoffen.

Dauerhafter Schutz von Kleingartenanlagen

Die Berliner Kleingartenanlagen (KGA) sind als Grün- und Freiflächen unentbehrlich für unsere Stadt. Sie dienen als Frischluftschneisen, als Erholungsraum sowie zur gärtnerischen Nutzung und Freizeitgestaltung für Hunderttausende Berliner. Sie tragen ganz wesentlich zur Kaltluftentstehung bei und beeinflussen somit in den Sommermonaten das Stadtklima positiv.

Leider sind die Berliner KGA durch intensive Bautätigkeit mehr und mehr in ihrer Existenz bedroht. Etwa drei Viertel der gesamten Berliner KGA befinden sich auf landeseigenen Grundstücken, und Senat und Bezirke suchen dringend Bauflächen.

Die AfD Treptow-Köpenick fordert, dass KGA besser geschützt und nicht durch Wohnbebauung gefährdet werden.

Ebenso lehnen wir die Beseitigung von KGA ab, um Ausgleichsflächen für Natureingriffe an anderer Stelle zu schaffen.

Umweltbildung nicht nur für Kinder und Jugendliche

Wir werden uns dafür einsetzen, dass unser Bezirk eine Naturschutzstation nach dem Vorbild von Berlin-Marienfelde erhält, wo allen Altersklassen eine interessante Umwelt-, Arten und Naturschutzbildung angeboten wird.

Vernünftige Lösungen für den Klimawandel statt Klimahysterie

Der ständige Klimawandel stellt eine Herausforderung für Mensch und Natur dar. Die AfD bezweifelt aber, dass der Mensch einen erheblichen Einfluss auf diese klimatischen Veränderungen hat. Wir fordern einen öffentlichen, freien Diskurs über die Ursachen von Klimaveränderungen und die verheerenden Folgen einer Dekarbonisierung.

Statt einen aussichtslosen Kampf gegen den Wandel des Klimas zu führen und gigantische Ressourcen umzulenken, die dann an anderer Stelle fehlen, sollten wir uns an die veränderten Bedingungen anpassen, so wie es Pflanzen und Tiere auch tun.

Die unter dem Deckmantel einer angeblichen „Klimaneutralität“ erzwungene Energiewende treibt die Kosten für Energie, Bauen und Mobilität in die Höhe. Sie ist unsozial und gefährdet die Versorgungssicherheit in Deutschland.

Wir fordern daher, dass endlich wieder ohne Panikmache der dringend notwendige Umweltschutz und nicht der so genannte Klimaschutz in den Mittelpunkt gerückt wird.

10. Gesundheit und Wohlbefinden fördern

Gesundheitsförderung findet dort statt, wo die Bürger leben und wohnen. Aufgabe der kommunalen Gesundheitsförderung und der präventiven Vorbeugung ist es, gesundheitsfördernde Aktivitäten umzusetzen, zu betreuen und nachhaltig zu verankern. Dabei gilt es, gemeinsam mit Trägern und Einrichtungen vor Ort, wie Kindergärten, Schulen, Sportvereinen sowie Jugend- und Seniorenfreizeiteinrichtungen, gesundheitsfördernde Lebensräume zu schaffen – ganz besonders für die Menschen in schwierigen sozialen Lebenslagen.

Wir fordern die Stärkung des Öffentlichen Gesundheitsdienstes in Treptow-Köpenick. Hierzu müssen weitere Rahmenbedingungen für die notwendige personelle, räumliche und sachliche Ausstattung geschaffen werden. Das betrifft alle Fachbereiche des Gesundheitsamtes.

Für ein gesundes Aufwachsen - Prävention bei Kindern und Jugendlichen

In der Gesundheitsprävention unterstützen wir die frühzeitige Kooperation von Schulen und Kitas mit Sportvereinen, um die dauerhafte Bindung von Kindern an gesundheitssportliche Aktivitäten zu gewährleisten. Wir setzen uns für gesundheitsförderliche Maßnahmen und Projekte in den Kitas und Schulen ein, die sich mit Bewegung und Ernährung befassen, damit unsere Kinder eine gute körperliche, motorische, psychosoziale und kognitive Entwicklung erhalten.

Schulen und Kitas eignen sich besonders für zielgruppenorientierte Maßnahmen zur Primärprävention, Gesundheitsförderung und Aufklärung, weil hier alle Kinder und Jugendlichen einer bestimmten Altersstufe erreicht werden können.



Gleiches gilt auch für die Themen Rauchen, Alkohol- und Drogenkonsum, Gewalt und Mobbing.

Einen besonderen Fokus legen wir auf die Problematik des übermäßigen Medienkonsums von Kindern und Jugendlichen. Der hierzu angestoßene Prozess muss auch die nächsten Jahre finanziell auskömmlich mit bezirklichen Haushaltsmitteln unterlegt werden.

Reihen- und zahnmedizinische Untersuchungen durch das Gesundheitsamt in den Kitas sind ein sehr wichtiges Instrument, um Entwicklungsstörungen frühzeitig zu erkennen und unterstützende und notwendige Maßnahmen einleiten zu können. Hier werden wir uns für eine gute personelle Ausstattung einsetzen.

Für eine gesunde Stadtentwicklung

Um bei der Stadtentwicklungsplanung gesundheitliche Belange frühzeitig berücksichtigen zu können, ist der Bereich Gesundheitsplanung aktiv einzubeziehen im Interesse von Gesundheit und Wohlbefinden der Bürger unseres Bezirks.

Die AfD setzt sich dafür ein, dass ämterübergreifend eine effektive Koordination zwischen dem Öffentlichen Gesundheitsdienst, der Stadtplanung und Standortentwicklung, dem Umwelt- und Sozialbereich sowie der Wirtschaft stattfindet, um auch zukünftig Orte zu schaffen, in denen Menschen gesund und zufrieden leben können.

Gesundheitlichen Folgen der Pandemie begegnen

Die mit dem Coronavirus (SARS-CoV-2) verbundenen Einschränkungen waren und sind für viele Menschen eine große Herausforderung. Gesundheitliche, psychische und soziale Probleme entstehen oder verstärken sich. Hier muss sich der Bezirk der Aufgabe stellen und die Menschen auffangen.

Wir fordern den Ausbau von Anlaufstellen mit psychosozialen Hilfsangeboten für Erwachsene und Jugendliche. Die Träger der Kontakt- und Beratungsstellen und der Suchtberatung müssen gestärkt werden, ebenso der Kinder- und Jugendpsychiatrische Dienst.

Infektionsschutz verbessern

Durch die Corona-Pandemie ist deutlich geworden, dass Berlin und auch Treptow-Köpenick teils große Defizite in der modernen und vernetzten Datenverarbeitung im öffentlichen Gesundheitsdienst aufweisen. Gerade bei den vielen meldepflichtigen Infektionen, die von den Gesundheitsämtern bearbeitet werden, ist eine schnelle, professionelle und effektive Ermittlungsarbeit erforderlich.

Die AfD fordert die weitere Aufstockung von qualifiziertem Personal (Ärzte, Hygieneaufseher und IT-Spezialisten im Bereich des Infektionsschutzes). Die durch den Pakt für den öffentlichen Gesundheitsdienst geschaffenen Möglichkeiten der modernen Hardwareausstattung müssen auf bezirklicher Ebene optimal und nachhaltig umgesetzt werden.

Ambulante Versorgung mit Haus- und Fachärzten

Wichtig zu wissen ist, dass ausschließlich die Kassenärztliche Vereinigung Berlin die ambulante medizinische Versorgung sicherzustellen hat. Sie koordiniert die ärztliche und psychotherapeutische Versorgung in Berlin. Als Körperschaft des öffentlichen Rechts vertritt die KV Berlin die Interessen ihrer Mitglieder gegenüber dem Gesetzgeber und den anderen Akteuren der gemeinsamen Selbstverwaltung. Zugleich muss die KV Berlin laut Sozialgesetzbuch V dafür sorgen, dass die ambulante Versorgung der gesetzlich Krankenversicherten „ausreichend, zweckmäßig und wirtschaftlich“ erfolgt. Diesen Auftrag erfüllen sie gemeinsam mit den Krankenkassen.

Wenn andere kommunalpolitische Vertreter in ihren Wahlprogrammen suggerieren, sie hätten einen Einfluss auf die Gestaltung der ärztlichen Versorgung – dann ist dies vorsätzliche Augenwischerei.

Die AfD Treptow-Köpenick wird sich dafür einsetzen, dass in unserem Bezirk von der KV zulassungsfähige Konzepte zur Versorgung - wie z.B. kommunale Medizinische Versorgungszentren und lokale Gesundheitszentren, in denen dann Ärzte, Therapeuten, Sozialarbeiter und pflegerische Fachkräfte eng zusammenarbeiten - vorangetrieben werden. Außerdem fordern wir von der KV bessere Rahmenbedingungen für junge Ärzte.

11. Tourismus stärken – Tradition bewahren

Treptow-Köpenick ist geprägt durch unterschiedliche Ortsteile mit ihren jeweiligen regionalen Besonderheiten. Deshalb fordern wir ein auf die einzelnen Ortsteile abgestimmtes Gesamtkonzept für die touristische Entwicklung unseres Bezirks unter besonderer Berücksichtigung der im Bezirk befindlichen Seen und Wasserstraßen, insbesondere der Region um den Müggelsee.

Dabei wollen wir regionale Besonderheiten und Traditionen bewahren wie auch das Heimatgefühl der Bürger stärken. Massentourismus für unsere Region lehnt die AfD hingegen ab. Vielmehr bauen wir auf sanften Tourismus, der auf Besucher aus Berlin und Umgebung setzt. Wir wollen die Schönheit und den Erholungswert unseres Bezirks bewahren.

Traditionsreiche Ausflugsziele entwickeln

Für traditionsreiche Tourismusstandorte müssen tragfähige Konzepte entwickelt werden. Das gesamte Areal des Treptower Parks und des Treptower Hafens sollte durch ein zukunftsweisendes Gesamtkonzept ertüchtigt werden, um diesen einzigartigen Erholungsort noch attraktiver zu machen.

Das gilt auch für zahlreiche andere Ausflugsziele in Treptow-Köpenick. So sollten die Ausflugslokale rund um den Müggelsee in neuem Glanz und alter Schönheit wieder ein Anlaufpunkt für alle Berliner werden.

Hierzu gilt es vor allem, Bürokratie abzubauen und Unternehmen und Gastronomie durch verantwortungsvolle Politik zu unterstützen. Wahrzeichen unseres Bezirks wollen wir erhalten und vor Verfall schützen. Das historische Fischerdorf Rahnsdorf wollen wir als schützenswertes Kleinod unserer Geschichte restaurieren und erlebbar machen.

Attraktives Wandern für Alt und Jung

Die AfD setzt sich dafür ein, dass gerade Menschen mit Behinderung und ältere Bürger ohne Einschränkungen am touristischen und kulturellen Leben in Treptow-Köpenick teilhaben können.

So müssen Wanderwege besser beschildert und mit mehr Sitzgelegenheiten ausgestattet werden. Den Jakobsweg auf seinem Teilstück in Treptow-Köpenick wollen wir erlebbarer gestalten und besser beschildern. Außerdem fordern wir, bei Neubauten auf Wassergrundstücken die Uferwege für die Öffentlichkeit zugänglich zu lassen.

Volksfeste in Treptow-Köpenick wiederbeleben

In unserem Bezirk haben Volksfeste eine lange Tradition und erfreuen sich großer Beliebtheit gerade bei Menschen, die seit Jahrzehnten in Treptow oder Köpenick wohnen.

Nicht erst seit den unverhältnismäßigen „Corona-Lockdowns“ ist in unserem Bezirk aber leider eine Ausdünnung der heimatischen Bräuche festzustellen.

Wir wollen unsere Volks- und Heimatfeste wieder aufwerten und für neue Besuchergruppen attraktiver machen. Nur eine beherrzte kultur- und heimatbewusste Politik kann dieses Ziel erreichen.

Ob Köpenicker Sommer, Bölschefest, Köpenicker Winter-Frühling oder Treptower Hafenfest: überall sollen wieder bei Alt und Jung beliebte Flaniermeilen entstehen, die sowohl Besucher begeistern als auch den wirtschaftlich schwer gebeutelten Schaustellern und Gewerbetreibenden ein Comeback ermöglichen.

12. Für Heimat und Kultur

Die AfD bekennt sich zu unseren kulturellen Prägungen, die für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft und für das Funktionieren unseres Gemeinwesens Voraussetzung sind. Die gemeinschaftsstiftende Wirkung der deutschen Kultur ist nicht nur ausschlaggebend für ein gesundes Heimatgefühl, sondern auch das Fundament unseres Staates. Deshalb gilt es, unsere Kultur und unsere Heimat zu schützen und zu bewahren.

Für ideologiefreie Kulturförderung

Zahlreiche Museen und Kultureinrichtungen in unserem Bezirk bedürfen der Unterstützung durch die öffentliche Hand und einer besseren finanziellen Ausstattung.

Innerhalb des vielfältigen kulturellen Angebotes möchten wir besonders kleinere Projekte fördern, ohne in einseitige Klientelpolitik zu verfallen. Die Förderung von Kultureinrichtungen aus Steuermitteln muss transparent sein.

Museen und kulturelle Einrichtungen wollen wir einem größeren Publikum näher bringen.

Für Denkmalpflege und Denkmalschutz

Wir setzen uns für einen wirksamen Schutz unserer Bau- und Naturdenkmäler sowie aller Zeugnisse unserer Kultur und Geschichte ein.

Leistungs- und Würdenträger gehören ins Stadtbild

Mit kulturhistorischer Rücksichtslosigkeit werden derzeit im Eiltempo Straßen und Plätze in ganz Berlin umbenannt. Federführend sind hierbei stets ideologische Scharfmacher. Dies führt zu undifferenzierten Beurteilungen von historischen Persönlichkeiten und willkürlichen Löschungen. Auch bei Neubenennungen überwiegen oftmals ideologische Erwägungen gegenüber sachlichen Argumenten.

Die AfD macht sich für den Erhalt der Namen von Leistungs- und Würdenträgern im Stadtbild von Treptow-Köpenick stark. Undifferenzierte und ahistorische Begründungen zur Tilgung von Namensgebern für Straßen und Plätze in unserem Bezirk lehnen wir ab. Ausschlaggebende Kriterien für die Benennung neuer Straßen und Plätze sollten historische und kulturelle Relevanz, gesellschaftliche Leistung und der Ortsbezug der zu ehrenden Person sowie die Anwohnerinteressen sein.

13. Für Demokratie und Meinungsfreiheit

Die Meinungsfreiheit ist eines der wichtigsten Güter unserer freiheitlich-demokratisch verfassten Gesellschaft. Denn die Basis einer gesunden Demokratie ist die Meinungsfreiheit. Wir wenden uns daher mit Nachdruck gegen zunehmend verbreitete Tendenzen selbsternannter Gesinnungswächter, Andersdenkende einzuschüchtern oder gesellschaftlich auszugrenzen.

Mehr direkte Demokratie auf allen Ebenen

Die Stärkung der direkten Demokratie ist ein Kernanliegen der AfD. Deshalb unterstützen wir alle Initiativen zur Absenkung der Hürden für Volksentscheide.

Für Berlin fordern wir die Abschaffung der Quoren bei allen Bürger- und Volksentscheiden. Nur wenn die Bürger wissen, dass sie auch bei einer niedrigeren Wahlbeteiligung wichtige Entscheidungen selbst treffen können, werden sie die Instrumente der direkten Demokratie langfristig annehmen.

Wir setzen uns dafür ein, dass getroffene Volksentscheide, ähnlich wie in Hamburg, nicht durch Abgeordnetenhaus-Beschlüsse zu Fall gebracht werden können.

Für Freiheit statt Quoten-Diskriminierung

Die grundgesetzlich garantierte Gleichberechtigung von Mann und Frau hat mit der vom Altparteienkartell propagierten Gleichstellung nichts zu tun.

Die AfD lehnt jede Art von Quoten ab. Sie sind leistungsfeindlich, ungerecht und stellen eine verfassungswidrige Diskriminierung derer dar, die nicht in den Genuss der Quote kommen.

Demokratie fördern – Neutralität bezirklicher Einrichtungen sicherstellen

Die etablierten Parteien fördern und finanzieren mithilfe von bezirklichen Geldern und aus anderen Töpfen politische Projekte, die sich ausschließlich nach ihrem politischen Geschmack richten und darauf ausgerichtet sind, missliebige politische Konkurrenten zu diskreditieren.

Die AfD missbilligt diese widerrechtliche Handhabung öffentlicher Mittel durch die Altparteien. Wir setzen uns vehement dafür ein, dass das Bezirksamt der staatlichen Neutralitätspflicht auch tatsächlich nachkommt und das verfassungsrechtliche Gebot der Chancengleichheit politischer Parteien respektiert. Die Verwendung von Fördermitteln durch das Bezirksamt steht unter diesem Vorbehalt. Einer Zweckentfremdung von Fördermitteln ist durch geeignete Vorkehrungen entgegenzuwirken.

Der staatlich geförderte „Kampf gegen Rechts“ hat sich mehr und mehr zu einem politischen Kampfinstrument entwickelt, mit dessen Hilfe unter dem Deckmantel des Kampfes gegen den Rechtsextremismus bürgerlich-konservative und patriotische Positionen als rechtsextrem diffamiert werden sollen. Linksextremistische Bestrebungen werden in diesem Kontext hingegen verharmlost und bagatellisiert.

Ein gutes Beispiel dafür ist das Berliner Register, in unserem Bezirk das Register Treptow-Köpenick. Dieses, der öffentlichen Kontrolle vollkommen entzogene Register wird vom Bezirksbürgermeister als Quelle der Wahrheit präsentiert, obwohl dort völlig einseitig und willkürlich nur bestimmte, angeblich „rechts“ motivierte Vorfälle dargestellt werden. Dagegen werden links motivierte Vorfälle, wie auch Anschläge auf das SPD-Parteibüro und das Abgeordnetenbüro eines SPD-Abgeordneten verschwiegen. Zudem werden völlig legitime Äußerungen aus der BVV pseudowissenschaftlich als „diskriminierend“ eingeordnet, um missliebige Meinungen zu delegitimieren.

Für uns ist es völlig inakzeptabel, wenn linksextreme Organisationen von staatlichen Stellen zum Kampf gegen den Rechtsextremismus herangezogen werden, genauso wenig wie Rechtsextremisten den Linksextremismus bekämpfen dürfen. Alle Formen des politischen Extremismus müssen gleichermaßen vom Boden des Grundgesetzes aus bekämpft werden. Schon gar nicht dürfen Extremisten zu Richtern über die politische Auseinandersetzung unter demokratischen Parteien werden. Wer Extremisten die Deutungshoheit über den politischen Meinungsstreit überlässt, verlässt selbst den Boden des Grundgesetzes.

Deshalb muss die finanzielle Unterstützung sogenannter zivilgesellschaftlicher Initiativen dort eine Grenze finden, wo diese im Wettbewerb der demokratischen Parteien einseitig für oder gegen eine bestimmte Partei Stellung beziehen. Die staatliche Neutralitätspflicht muss in jedem Fall gewahrt werden.

Wir fordern in diesem Zusammenhang insbesondere eine Beendigung aller direkten und indirekten Förderprogramme für Linksextremisten und linksextremistische Organisationen. Vereine, die Kontakte zu derartigen Organisationen unterhalten, dürfen keine Steuergelder erhalten.

Wir setzen uns dafür ein, dass alle bezirklich geförderten Träger von Projekten mit Bezügen zur politischen Bildung nach dem Vorbild der einst von Bundesfamilienministerin Schröder eingeführten Regelung eine „Demokratieklausel“ akzeptieren müssen, mit der sie sich zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung bekennen.

In der aktuellen Ausgestaltung unterliegen auch die vom Bund üppig geförderten bezirklichen Partnerschaften für Demokratie der völlig einseitigen parteipolitischen Instrumentalisierung. Diese Selbstbedienungsmentalität wollen wir beenden.

Schirmherrschaft des Bürgermeisters beim „Bündnis für Demokratie und Toleranz“ beenden

Mit seiner Schirmherrschaft beim „Bündnis für Demokratie und Toleranz“ gibt der Bezirksbürgermeister diesem losen Verbund von Parteien, Organisationen und Personen den Anschein eines öffentlichen Ritterschlags.

Dabei hat sich das Bündnis in den letzten Jahren immer mehr zu einer demokratisch nicht legitimierten Parallelorganisation zur Bezirksverordnetenversammlung und zum Bezirksamt entwickelt.

Ein Dauerthema auf den Versammlungen des Bündnisses unter Anwesenheit einzelner Mitglieder des Bezirksamtes ist der Umgang mit der Alternative für Deutschland. In mindestens einem Fall wurden, unter Anwesenheit einzelner Mitglieder des Bezirksamtes, Demonstrationen gegen unsere Partei geplant.

Die Einladungen zu diesen Versammlungen wurden z.T. auf dem Briefpapier des Bürgermeisters verschickt

Dies ist ein eklatanter Verstoß gegen das Gebot der parteipolitischen Neutralität des Bezirksamtes.

Deshalb fordern wir eine sofortige Beendigung der Schirmherrschaft des Bürgermeisters. Das Bezirksamt muss sich unverzüglich aus dem „Bündnis für Demokratie und Toleranz“ zurückziehen.

Schließung des „Zentrums für Demokratie“

Auch in den letzten Jahren ist das „Zentrum für Demokratie“ immer wieder durch ein zweifelhaftes Demokratieverständnis aufgefallen.

Zwar sind im Zuge von Personalwechseln einige besonders radikale Kräfte aus dem Umfeld des „Zentrums für Demokratie“ ausgeschieden.

Die unabdingbaren Mindestanforderungen an ein demokratisches und pluralistisches Projekt werden aber weiterhin eklatant unterlaufen.

Das durch das Zentrum für Demokratie organisierte Fest für Demokratie, zu dem die Alternative für Deutschland als größte Oppositionspartei in Treptow-Köpenick grundsätzlich nicht eingeladen wird, ist nach wie vor ein Tummelplatz für linksradikale und zum Teil verfassungsfeindliche Propaganda.

Statt demokratische Strukturen und bürgerschaftliches Engagement zu stärken, werden unter dem Deckmantel des „Kampfes gegen Rechts“ bürgerliche Kräfte gezielt ausgegrenzt und diffamiert.

Die Grundelemente jeder demokratischen Gesellschaft, insbesondere das Recht auf eine andere Meinung, werden vom „Zentrum für Demokratie“ mit Füßen getreten.

Im Ergebnis bildet das „Zentrum für Demokratie“ eine „Fünfte Kolonne“ der Regierungspropaganda gegen bürgerlich-konservative Kräfte und dient einzig und allein dem Machterhalt der regierenden Altparteien. Dadurch werden sowohl die Regeln der parlamentarischen Demokratie als auch das grundgesetzlich verbürgte Parteienprivileg verletzt.

Wir fordern daher die ersatzlose Schließung des „Zentrums für Demokratie“.

**Kein Platz für politisch motivierte Gewalt
in Treptow-Köpenick**

Die AfD spricht sich gegen jede Form von Extremismus und politisch motivierter Gewalt aus. Für uns ist und bleibt die freiheitlich-demokratische Grundordnung der Maßstab allen politischen Handelns.

Allen Bestrebungen zur politischen Instrumentalisierung des Verfassungsschutzes werden wir deshalb konsequent entgegengetreten. Wer den Verfassungsschutz als Mittel des parteipolitischen Kampfes missbraucht, der beschädigt nicht nur den Verfassungsschutz, sondern am Ende auch die freiheitlich-demokratische Grundordnung selbst. Wir fordern, dass Recht und Ordnung konsequent durchgesetzt werden. Rechtsfreie Räume darf es weder für Rechtsextremisten noch für Linksextremisten geben.

Religiöser Extremismus bedroht die Demokratie

Der islamistische Extremismus bedroht zunehmend unsere Sicherheit und unsere demokratische Grundordnung. Die Zahl der gewaltbereiten Salafisten in Berlin hat sich in den vergangenen Jahren vervielfacht. Wir fordern daher wirksame Programme zur Bekämpfung des um sich greifenden Islamismus, die schon präventiv an den Schulen ansetzen müssen.

Der islamische Extremismus muss stärker überwacht werden, um potentielle Gefährder rechtzeitig identifizieren zu können. Werbung für terroristische Organisationen, wie z. B. den IS, soll als Straftatbestand gewertet werden.

Die Errichtung von Moscheen mit ausländischen Spenden wird von uns genauso abgelehnt wie eine Zusammenarbeit mit vom Ausland gesteuerten Organisationen wie DITIB oder eine Tätigkeit von Imamen, die nicht in Deutschland ausgebildet wurden.

14. Mehr Bürgernähe in Staat und Verwaltung

Die Berliner Verwaltung muss insgesamt modernisiert und dezentralisiert werden. Die bürgernahe kommunale Verwaltung in den Bezirken muss gestärkt werden. Demgegenüber müssen die überdimensionierten Senatsverwaltungen verschlankt und gestrafft werden.

Für eine leistungsfähige Bezirksverwaltung

Nicht erst seit der Corona-Krise leiden unsere Bürger im Bezirk unter langen Wartezeiten bei der Erledigung von wichtigen Behördengängen. Bürokratie und Ineffizienz lähmen bürgerliche Freiheiten und individuellen Tatendrang.

Die AfD fordert, die Berliner Bürgerämter materiell und personell so auszustatten, dass es nicht zu unnötig langen Wartezeiten für die Bürger kommt. Neben einer angemessenen Personalausstattung müssen die Bürgerämter vor allem effizienter organisiert werden, um Wartezeiten für Bürger zu vermeiden.

Wir halten den weiteren Ausbau von digitalen Lösungen zur unbürokratischen Vereinfachung und Beschleunigung von Amtsprozessen für sinnvoll. Dazu muss das E-Government weiter ausgebaut werden.

Damit sich Leistung für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst lohnt, müssen Angestellte auch leistungsorientiert bezahlt werden.

Die AfD fordert den flächendeckenden Einsatz von Dokumentenprüfgeräten, um Missbrauch und kriminelle Aktivitäten zu verhindern.

Für mehr Transparenz bei politischen Abläufen im Bezirk

Wir setzen uns für größtmögliche Transparenz politischer Entscheidungsprozesse und der Arbeit bezirklicher Gremien ein.

Die AfD schlägt deshalb vor, dass im Sinne einer transparenten und bürgernahen Politik sämtliche Gremien mit beratender Funktion – insbesondere vom Bezirksamt eingesetzte Beiräte – an geeigneter Stelle im Internet veröffentlicht werden.

Alle in der Bezirksverordnetenversammlung gestellten Anträge und Anfragen sollen mit dem entsprechenden Bezug zur Bezirksregion auf der Internetseite des Bezirksamtes zugänglich sein, damit unsere Bürger sich auf diese Weise ein Gesamtbild der kommunalpolitischen Aktivitäten machen können.

Ideologische Gängelung der öffentlichen Verwaltung in Berlin beenden

Aufgrund einer irritierenden Verschiebung der Prioritätensetzung des Berliner Senates werden Mitarbeiter der öffentlichen Verwaltung zunehmend durch unnötige ideologische Vorschriften und Empfehlungen an ihrer eigentlichen Arbeit gehindert. Sogenannte Gender- und Diversity-Pamphlete führen im Rahmen des öffentlichen Dienstes allerdings nicht zu mehr Toleranz und Tugendhaftigkeit, sondern zu Stirnrunzeln bei verdienten Mitarbeitern. Die politisch korrekte Gängelung nervt viele Mitarbeiter und führt im schlechtesten Falle zu einem Klima der Verunsicherung und des Misstrauens.

Die AfD ist der Meinung, dass sich der Berliner Dienstherr um die Wertschätzung und Unterstützung von langjährigen Mitarbeitern kümmern sollte. Eine ideologische Gängelung hat zu unterbleiben.

Inflationäres Flaggenhissen beenden – Schwarz-Rot-Gold ist bunt genug

Das unter dem SPD-Bürgermeister eingeführte inflationäre Flaggenhissen verschiedener bunter Fahnen am Rathaus Köpenick als Zeichen einer bestimmten Klientelpolitik ist zu beenden.

Der identitätsstiftenden Bedeutung der Beflagung an öffentlichen Gebäuden Rechnung tragend, ist diese auf die offiziellen Symbole unseres Bezirks, des Landes Berlin, der Bundesrepublik Deutschland sowie der Europäischen Union zu begrenzen.

Am 26. September 2021 werden der Deutsche Bundestag, das Berliner Abgeordnetenhaus und die Bezirksverordnetenversammlung Treptow-Köpenick neu gewählt.

Die **Alternative für Deutschland** ist die bürgerliche Kraft für Treptow-Köpenick. Mit Vernunft statt Ideologie, mit der Liebe zur Heimat, mit Herz und Verstand stehen wir für den Erhalt unserer Identität und gegen ideologische Bevormundung.

Ändern Sie nicht Ihre Meinung, ändern Sie die Politik!

Nur mit einer starken AfD kann die rot-rot-grüne Klientelpolitik der letzten fünf Jahre gestoppt und Berlin wieder auf den Pfad der Vernunft geführt werden.

Deshalb: **Stimmen Sie am 26. September für die Liste der AfD für die Bezirksverordnetenversammlung, damit zukünftig die AfD-Stadträte und eine starke Fraktion sich für diese Politik einsetzen können.**

Und geben Sie in Ihrem Wahlkreis Ihre Stimme einem unserer sechs Direktkandidaten bei der Wahl zum Abgeordnetenhaus und unserem Direktkandidaten zum Deutschen Bundestag.



Andrea Lorenz für den Wahlkreis Alt-Treptow, Plänterwald, Baumschulenweg, nördliches Niederschöneweide, Oberschöneweide (westlichster Teil)



Alexander Bertram für den Wahlkreis Oberschöneweide, Niederschöneweide, Johannisthal



Frank Scholtyssek für den Wahlkreis Adlershof und Altglienicke



Andreas Max Klupsch für den Wahlkreis Dammvorstadt, Köln. Vorstadt/Spindlersfeld, Bohnsdorf, Grünau, Schmöckwitz



Martin Trefzer für den Wahlkreis Altstadt/Kietz, Allende-Viertel, Kietzer Feld, Wendenschloss, Müggelheim



Georg Pazderski für den Wahlkreis Köpenick-Nord, Friedrichshagen, Rahnsdorf/Hessenwinkel



Stimmen Sie mit Ihrer Bundestags-Erststimme für **Denis Henkel**

Und vor allem: Stimmen Sie mit Ihren Zweitstimmen für unsere Landeslisten zum Abgeordnetenhaus und zum Deutschen Bundestag. Für Deutschland und Berlin – aber normal.

Deshalb: Alle fünf Stimmen für die AfD!

**Mitmachen, Mitbestimmen, Mitglied werden.
Werden Sie jetzt Teil der Alternative für Deutschland!**

Wenn auch Sie dabei sein wollen, dann fordern Sie Ihren Mitgliedsantrag an oder füllen diesen direkt online aus:

afd.berlin/mitmachen/mitglied-werden/



Sie sind beruflich oder privat stark eingespannt?

Dann können Sie uns auch durch eine Fördermitgliedschaft oder eine Spende unterstützen:

Spendenkonto:

AfD Berlin Treptow-Köpenick
DE58 1005 0000 0190 7088 67
BELADEBEXXX



Bezirksverband
Treptow-Köpenick

Winckelmannstr. 31

12487 Berlin

<https://afd-treptow-koepenick.de>

kontakt@afd-treptow-koepenick.de